



POLEN: SCHARFES VORGEHEN GEGEN FRIEDLICHE PROTESTE BEENDEN

Das harte Durchgreifen der polnischen Regierung gegen friedliche Protestierende ist ganz offensichtlich ein Versuch, die Bevölkerung von weiteren Demonstrationen abzuschrecken. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in dem aktuellen Bericht *Poland: On the streets to defend human rights*.

Der Bericht dokumentiert, wie die Behörden auf Methoden wie Überwachung, Schikane und Strafverfolgung zurückgreifen, um Massenproteste zu verhindern und aufzulösen. Seit 2016 sind in Polen Tausende Menschen auf die Straße gegangen, um friedlich gegen repressive Gesetze zu demonstrieren, beispielsweise im Bereich Frauenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

„Die polnische Regierung bringt die Justiz immer stärker unter ihre Kontrolle, und der öffentliche Widerstand dagegen wird immer lauter. Doch die Regierung setzt alles daran, diese Proteste zu unterdrücken. Protestierende werden von der Polizei überwacht, schikaniert und sogar strafrechtlich verfolgt; und alles nur, weil sie laut ihre Meinung äußern“, so Barbora ěernušáková, Polen-Expertin bei Amnesty International.

„Sowohl die Vereinten Nationen als auch die EU haben ausdrücklich anerkannt, dass es weitgehend den Massenprotesten im Land zu verdanken ist, dass der polnische Präsident die umstrittenen gesetzlichen Regelungen zur Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz letztlich abgelehnt hat. Jetzt brauchen diese Protestierenden dringend die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um ihr Engagement fortsetzen zu können.“

Einschüchterungstaktiken

Im Juli 2017 demonstrierten Tausende Menschen in mehr als 50 polnischen Städten gegen Pläne der Regierung, mit denen sie die Unabhängigkeit der Justiz bedroht sahen. Die Behörden reagierten darauf mit polizeilichen Maßnahmen, um friedlichen Protestierenden zu behindern und ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken.

Mithilfe eines beträchtlichen Polizeiaufgebots wurden Metallzäune errichtet, um die Demonstrierenden von den Parlamentsgebäuden fernzuhalten. Hunderte Polizist_innen waren täglich in der Gegend im Einsatz und setzten verschiedene

Methoden ein, um Protestveranstaltungen zu unterbinden: Sie riegelten Straßen ab, beleidigten Demonstrierende und griffen sie tätlich an und „kesselten“ sie ein.

Am Abend des 18. Juli machte eine Frau namens Klementyna von einer nahegelegenen Straße aus Fotos von einer Demonstration. Laut ihren Angaben griff die Polizei sie tätlich an: „Ich habe einfach nur dort gestanden und wurde plötzlich und ohne Vorwarnung von einem Polizisten gepackt und gegen einen Ampelmast gedrückt. Er schlug mir ins Gesicht. Ich habe mich nicht gewehrt... Daraufhin kamen noch mehr Polizist_innen, sperrten die Straße ab und kesselten mich dort ein.“ In den Medien sagte die Polizei, dass Klementyna keine Beweise für ihre Anschuldigungen habe.

Selektive Genehmigung von Kundgebungen

Zusätzlich zu den unverhältnismäßigen Polizeitaktiken sind neue Gesetze erlassen worden, mit denen das Recht auf friedliche Versammlung über Gebühr eingeschränkt wird. Im Dezember 2016 wurde im polnischen Parlament ein restriktives Versammlungsgesetz angenommen, das regelmäßig stattfindende Kundgebungen priorisiert. Dies bedeutet, dass solche Versammlungen Vorrang genießen, die mehrmals im Jahr von denselben Organisatoren am selben Ort organisiert werden. Über das laufende Jahr hinweg hat die Regierung einer monatlichen regierungsfreundlichen Kundgebung auf diese Weise Priorität eingeräumt und dafür andere Anträge auf friedliche Versammlungen abgelehnt, was gegen internationale Menschenrechtsnormen verstößt. Bei der regierungsfreundlichen Kundgebung handelt es sich um eine Gedenkveranstaltung zum Flugzeugabsturz bei Smolensk, in dem 2010 der damalige Präsident Lech Kaczyński und 95 weitere Personen ums Leben kamen.

Trotz dieser Hürden haben friedliche Protestierende im ganzen Jahr 2017 monatliche Gegendemonstrationen veranstaltet. Zahlreiche Demonstrierende wurden bereits strafrechtlich verfolgt, wahlweise wegen geringfügiger Vergehen wie z. B. „Störung einer rechtmäßigen Versammlung“ oder aber wegen Straftaten wie „böswilliger Störung einer religiösen Handlung“, da die besagten regierungsfreundlichen Kundgebungen mittlerweile als „religiöse Umzüge“ eingestuft werden.

Klima der Angst

Protestierende in Polen stehen zudem noch vor weiteren Hürden, wenn sie ihre Stimme gegen restriktive Gesetze erheben möchten. Zusätzlich zu den Maßnahmen zur Unterbindung von Protestveranstaltungen setzen die Behörden auch auf eine strenge Überwachung von Demonstrierenden. Oft werden die Betroffenen beschattet und von Beamt_innen bei sich zuhause aufgesucht. In vielen Fällen wird Anklage und Strafanzeige erhoben.

„Die polnische Regierung versucht, friedlich protestierende Personen zu verängstigen“, so Barbora Ěernušáková.

Im Dezember 2016 wurde ein Student angeklagt, „die Pressefreiheit eingeschränkt“ zu haben, weil er an einem öffentlichen Platz in der Nähe eines Journalisten demonstrierte. Er sagte Amnesty International: „Sie versuchen definitiv, die Leute einzuschüchtern, um sie vom Protestieren abzuhalten.“

„Die Tatsache, dass friedliche Protestierende allein deshalb kriminalisiert werden, weil sie von ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung Gebrauch machen, zeichnet ein düsteres Bild von der aktuellen Lage in Polen. Diese rachsüchtigen Anzeigen wegen reiner Bagatellen zeigen deutlich, wie der Zivilgesellschaft die Luft zum Atmen genommen wird. Die Anklagen sollten unverzüglich fallengelassen werden“, so Barbora Ěernušáková.

Hintergrund

Der polnische Präsident legte im September 2017 eigene Vorschläge für eine Justizreform vor, nachdem er zuvor die umstrittenen Reformvorschläge des Parlaments abgelehnt hatte. Sobald die neuen Vorschläge des Präsidenten im Parlament diskutiert werden, könnten jederzeit wieder Proteste ausbrechen, da sie die Bedenken bezüglich einer Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz nicht ausräumen.